

2. Juni 1967: Mord an Benno Ohnesorg

West-Berlin, 23. Mai 1970, Demonstration gegen die Truppenparade der Alliierten:

Zeuge Nr. 15:

„Polizisten sind durch die Gänge der Hochschule für Bildende Künste gelaufen und haben geschrien: ‚Wer sich davon macht, wird niedergeknallt!‘ Plötzlich kamen Polizisten und warfen mit Tränengas auf uns und schrien: ‚Wenn ihr euch rührt, schießen wir ab! Steht auf und stellt euch an die Wand!‘

Zeuge Nr. 26:

„Zeichnungen von mir wurden zerrissen, und in eine Leinwand mit einem frisch angefangenen Bild von mir wurden von Polizisten Beulen hineingeschlagen und mit Farbe darauf herumgeschmiert. Mein Arbeitsplatz war total verwüstet worden.“
Neubauer, auf die Frage eines Reporters der Springerzeitung

„BZ“, was er zu steinewerfenden Polizisten sagte: „Ja, das ist beobachtet worden. Da habe ich mich sachkundig gemacht. Ich muß sagen, in dem Augenblick war mir das lieber, als hätten die Beamten von dem in diesem Augenblick möglicherweise angelegenen Mittel Gebrauch gemacht, was die Schußwaffe gewesen wäre.“

Ein Polizist:

„Noch ein Wort, und ich knall dich ab!“
Ein Polizist, Einsatzleiter:
„Und jetzt müßte man hier ein Maschinengewehr reinhalten!“
Am 11. Juni 1970 wird das Westberliner Abgeordnetenhaus über die Ausrüstung der Polizei mit Handgranaten und Maschinengewehren entscheiden.

Siehe Seite 4: SDS/ML: Die 2.-Juni-Bewegung stärken!

Saubere Universität von Faillard & Co.

ASTa und SDS/ML: Jetzt müssen wir den antibürokratischen Kampf verstärkt aufnehmen!

Mit dem Erlaß des Ministerpräsidenten NRW vom 21. 5. 70 wurde dem Spiel um die Bochumer Verfassung endlich ein Ende gesetzt. Angefangen hatte das Spiel mit der Zustimmung des opportunistischen SHB-ASTa zur Biedenkopf-Verfassung. Damals meinten die Reformisten Kasper und Boulboullé für die Verfassung sei ein „vertretbarer“ Ausgangspunkt für die Durchsetzung ihrer Interessen. Aber bereits die vorläufige Genehmigung der Verfassung durch den MP und die Streichung entscheidender Paragraphen enthüllte vollends den Humbug dieses opportunistischen Geplänkels. Nach einer glanzlosen 2. Halbzeit, mit vielen Fouls seitens des reaktionären Professoren-Klüngels mit einigen virtuosen Einlagen des Spielmachers Faillard, mit starkem Absiebtspiel der Assistenten und mit mehreren Außenfeld-Geplänkeln der studentischen Fraktion endete das ungleiche Spiel mit einer vernichtenden Niederlage studentenfunktionärsmäßiger Gremienpolitik. Zwar sehen Spielmacher Rektor und seine Mannen die Substanz für eine Verlängerung des Spiels noch erhalten, aber alle Studenten sollten jetzt durch deutliche Mißfallenserklärungen kundtun, daß „ihre“ Vertreter auf dem UP-Spielfeld nichts mehr zu suchen haben, ja, daß die Zeit für solche Spiele endgültig abgelaufen ist.

Von Anfang an war es ganz klar: in allen Fragen des Studiums war die RUB-Verfassung wertlos, da Studien- und Prüfungsordnungen, freier Hochschulzugang usw. in der Gewalt der Ministerialbürokratie lagen. Während also „unsere Vertreter“ im UP immer noch glaubten, dem Gegner entscheidende Treffer beibringen zu können, hat-

materiellen Hintergrund; das Wort „Rechtsaufsicht“ in Art. 1 wird durch „Aufsicht“ ersetzt; in Art. 4 Abs. 1 ist das Wort „Autonomie“ zu streichen; in Art. 5 Abs. 2 das Wort „übernommenen“ durch „übertragenden“ zu ersetzen; der Art. 10 eliminiert die verfaßte Assistentenschaft, aber vor allem soll geprüft werden, ob die RUB „schon im Vor-

diese Bochumer Verfassung war von Anfang an bewußte Manipulation, auf die viele glatt hereinfielen, eine Manipulation, die zur Integration, zur Institutionalisierung, zum „Abbau“ von Spannungen, zum „vernünftigen“ Miteinander usw. führen sollte und damit die Studenten an ihrer eigenen Hinrichtung beteiligen wollte.

Schüler-Verhältnis“ einkehren müsse und kollaboriert mit dem Hochschul-Informations-System GmbH (HIS), das in einem Schreiben vom 21. 5. 70 an „Magnifizenz“ als Voraussetzung zur Kollaboration u. a. ausführt:
„Die HIS-GmbH wird der RUB ferner entwickelte und noch zu entwickelnde Verfahren zur Betriebsanalyse und Betriebssteuerung zur Verfügung stellen. Insbesondere wird geprüft, ob ein Stundenplanprogramm eingeführt werden kann“ und: „Die RUB wird der HIS GmbH die anderweitige Verwertung der in der Arbeit an der RUB gewonnenen Erkenntnisse gestatten...“
Die Universität als kapitalistischer Leistungsbetrieb, die Universität als Hehe Schule der Fachidiotie, „um die von der Gesellschaft gegebenen Aufgaben zu erfüllen“, um „Unterstützung von Dritten“ zu erhalten, da „Industrie- und Wirtschaft besonders im Bereich der experimentellen Fächer mit Sicherheit nur Forschung unterstützen, die in der Lage sind, Forschungsergebnisse zu erzielen, die internationale Beachtung finden und für den Fortbestand unserer Industrie und Wirtschaft im internationalen Wettbewerb von Bedeutung sind...“
All diese Sätze finden sich in dem bemerkenswerten Elaborat des hiesigen Rektors „Probleme und Ziele der Entwicklung der Ruhr-Universität Bochum“.

Faillard und seine Freunde
Dieser Rektor, bester Interessenvertreter des sich im internationalen Wettbewerb befindenden westdeutschen Kapitals, mißt dann auch dem „Problem“ von Ehrungen für „Persönlichkeiten, die sich durch vielfältige fördernde Tätigkeit für die Universität Verdienste erworben haben“ größere Bedeutung für das Verhältnis Universität-Gesellschaft bei als dem Problem des Numerus clausus: In diesem Zusammenhang spricht er von der „Verantwortung“ der „politischen Instanzen“ und will ihnen „die volle Verantwortung für eventuell notwendige Studienplätze besorgen! Aber diese Instanzen, spricht: die mit der Industrie kollaborierenden Ministerialbürokraten, spricht: Hochschul-Informations-System, spricht: Leusink und seine Technokraten, wollen ja gerade den Zustrom der Studenten nur noch im kostensparenden

Fortsetzung Seite 3



Nr. 62 4. Juni 1970

Uni-Vollversammlung Dienstag, 9. 6., 16 h, CI

Kampf dem HSG!
Kampf der Verfassung der RUB!

VDS-MV: Reformisten gestoppt

Die Liquidierungspolitik durch den anarchistischen SDS-BV hat der VDS nach halbjähriger Wiederbelebung durch einen Notvorstand überstanden.

Jetzt möchte die Staatsbürokratie dem VDS gerne diese politische Rolle zuweisen: Er soll Organ ständischer Interessenvertretung sein, durch parlamentarische, formal-demokratische „Gremienpolitik“ wieder in den Sumpf der Bonner Polit-Lobby integriert werden. (Man denke noch daran, daß der ehemalige VDS-Vorsitzende Christoph Ehmann nach den schweren Kämpfen Ostern 1968 mit Alt-Nazi Kiesinger konferierte, um ihm die „Unruhe der Jugend“ zu erklären.)

Nun haben aber die einzelnen ASTen im Verlaufe der 2.-Juni-Bewegung immer mehr die Rolle eines wirklichen Kampfinstrumentes angenommen, es ist also für die Bourgeoisie nicht mehr so einfach, den VDS als Zusammenschluß dieser ASTen in die oben skizzierte Rolle zu drängen. Die Funktion der Ehmänner ist zu offensichtlich. Dafür haben aber alle möglichen Reformisten und Revisionisten den Anspruch erhoben, die politische Führung im VDS zu übernehmen und die Geschäfte der Staatsbürokratie zu verrichten. Sie möchten diesen Verband am liebsten zu einem bürgerlichen Gremium machen, das in altbekannter Weise den revolutionären Kampf der Studenten verrät. Beispielhaft war das Vorgehen dieser Herren, als der ASTa Bochum die Verlegung des Sekretariates für den Projekt-

bereich Justiz nach Bochum beantragte. Die SHB- und Spartakus-Fraktion war nicht in der Lage, die politische Intention dieses Antrags anzugreifen. Wie uns aus der Bochumer Praxis hinlänglich bekannt, wurde die politische Argumentation durch Unterstellungen und Verleumdungen ersetzt. Den Opportunisten war es jedenfalls lieber, daß das Sekretariat an die Münchener Rechtshilfe, in der sich Linksliberale bis Anarchisten herumtummeln, gegeben wurde, als daß die politische Arbeit der Roten Zelle Rechtswissenschaft an unserer Uni damit unterstützt würde.

Noch eindeutiger ist allerdings die Tatsache, daß der SHB während der MV laufend mit der Bonner SPD-Baracke telefonierte, um zu erfahren, unter welchen politischen Bedingungen der VDS wieder Bundeszuschüsse bekommen könne.

Doch die Marxisten-Leninisten haben den Reformisten die Rechnung gründlich verdorben. Was die bürgerliche Presse als politischen „Kompromiß“ feiert, sieht in Wirklichkeit so aus: Auf der MV standen sich zwei — stimmenmäßig — gleichstarke Fraktionen gegenüber. Die SHB-Spartakus-ASTen und der antirevisionistische Flügel. Die Marxisten-Leninisten haben verhindern können, daß der Verband durch den reformistischen SHB majorisiert wurde und daß eklektizistische Vorstellungen (Reste der Antiautoritäten, etc.) sich durchsetzen konnten. Der Vorstand ist zur Hälfte von beiden Fraktionen besetzt, es ist also gewährleistet, daß SHB- und Spartakus-Sozialdemokraten nicht das politische Übergewicht erhalten.

Die für die politische Arbeit wichtigen Projektbereiche sind zu einem Teil bereits in Händen der Marxisten-Leninisten. So die Projektbereiche Soziales und Medizin (Mainz) und der Projektbereich Soziales (Tübingen). Hier wird in der nächsten Zeit die wirkliche politische Arbeit zu leisten sein, hier wird sich in der Praxis erweisen, wer die Interessen der Studenten wirklich vertritt und die Kämpfe der Studenten durch die richtige politische Theorie und Praxis führen kann.



Die Verfassung der Ruhr-Universität und ihre Folgen.

te dieser schon längst gemeinsame Sache mit allen antistudentischen Formierern gemacht. Rektor Faillard akzeptierte in seiner ersten Stellungnahme (in der UP-Sitzung am 27. 5. 70) den Erlaß des MP, sprach von redaktionellen Änderungen, deutete zwar an, daß einige Punkte dem „Geist der RUB-Verfassung“ widersprächen, aber in diesen Punkten könne man Kompromisse erzielen, alles in allem: „Die „Substanz“ bleibt erhalten!“ (Faillard.)

Der Erlaß des Ministerpräsidenten Wie sieht es wirklich aus? Die Formulierung „in autonomer Selbstbestimmung“ fällt weg (diese Aussage hat allerdings sowieso keinen

griff auf die Regelung des § 24 Abs. 5 HSG eine Studentenschaft ohne Beitragsrecht wünscht“. (Das bedeutet die Eliminierung jeder wirksamen Studentenvertretung); in Art. 20 muß ein Hinweis auf Genehmigungsvorbehalte des zuständigen Ministers hinein; die Wahl einer Persönlichkeit zum Rektor, die nicht als Hochschullehrer im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit steht, würde nicht bestätigt, d. h. die Wahl eines Assistenten oder Studenten (wie theoretisch möglich) ist ausgeschlossen. Das sind nur die wichtigsten Änderungen! Es muß noch einmal betont werden: Wir trauern in keiner Weise über den „alten Geist der Verfassung“, der jetzt ach so schmählich entflocht ist, sondern

Der Verlauf der Hinrichtung
Es ist oft genug analysiert worden, wie diese Hinrichtung im einzelnen vorstatten geht. Die Herrschenden sagen es selbst immer unverhüllt: Was noch bei Kröber-Keneth, Personalberater der Deutschen Industrie, etwas übertrieben klingt, wenn er den totalen Numerus clausus und damit die Schließung aller Universitäten für zwei Jahre fordert, hört sich im SPD NRW-Programm bis 1975 so an: Einführung des Studienjahres und des hauptamtlichen Studienberaters, der in einem verkürzten Studium für die „Anleitung“ der Studierenden verantwortlich ist. Rektor Faillard spricht davon, daß an der Universität endlich ein „sauberes Lehrer-

Studentische Literatur
**KUNST
&
BÜCHER
SCHEUNE**
Lennershofstraße
hinter der ASTa-Baracke

Studentenschaft -international



Frankreich

Das Verbot der „Gauche prolétarienne“ durch die französische Regierung und die Verurteilung der Herausgeber der Zeitung „La Cause du Peuple“ (Die Sache des Volkes), Organ der „Gauche prolétarienne“, haben in ganz Frankreich Erregung und Solidaritätsdemonstrationen ausgelöst. Auf einer Protestversammlung, die unter der Leitung des neuen Herausgebers der „Sache des Volkes“, Sartre, stattfand, forderten alle revolutionären Gruppen die sofortige Freilassung der Verurteilten. Laut „Le Monde“ handelt es sich um die erste Verurteilung von Journalisten aus Gründen politischer Meinungsäußerungen nach dem Kriege. Damit ist ganz klar, daß die französische Regierung die Zerschlagung der erstarkten revolutionären Linken in Angriff genommen hat.

Das Verbot der „Proletarischen Linken“, das zur Stunde des Prozesses gegen die Herausgeber des Zentralorgans erging, löste in Paris eine Solidaritätsdemonstration aus, an der sich viele Tausende beteiligten.

Offensichtlich kam die Hauptredaktion der Westfälischen Rundschau nicht mehr zum Redigieren, denn entgegen den Meldungen aller anderen bürgerlichen Zeitungen, einschließlich des „Spiegels“, gab sie richtig wider: „Barrieren wurden errichtet, Autos standen in Flammen, eine Bankfiliale wurde gestürmt und verwüstet, 450 Personen wurden festgenommen. Die Bevölkerung im Pariser Universitätsviertel zeigte unverhohlene Sympathie für die Studenten, um so mehr, als zahlreiche Passanten von Polizisten niedergeknüpelt wurden.“

Die „Gauche prolétarienne“ ist eine Organisation, in der der proletarische Teil besonders stark zur Geltung kommt. Rund 80 Prozent der Artikel in „La Cause du Peuple“ wurden von Arbeitern geschrieben. Die Organisation entstand als Bündnis revolutionärer Studenten und Arbeiter unter dem Namen UJC/ML. Sie geriet rasch in Widerspruch zur KPF/ML, da die UJC/ML unter anderem in der Gewerkschaftsfrage eine rechtsopportunistische Linie vertrat. Dieser Rechtsopportunisten entspringt der mechanistische These, die Revolution sei mit bloßen ökonomischen Kämpfen zu erreichen, da sie die naturwüchsige Konsequenz dieser Kämpfe sei. Für die Organisationsfrage bedeutete das, daß man die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die in allem die Führung haben muß, als Nebensache betrachtete. Sie erlagen der Illusion, man könne die arbeitervfeindliche revisionistische CGT wieder zu einer Kampfgarnison der Arbeiterklasse machen. Diese Widersprüche führten dazu, daß die UJC/ML im Mai 68 eigene Demonstrationen veranstaltete und opportunistisch den Barrikadenkämpfen den Rücken kehrte. Die Folge davon waren Widersprüche in den eigenen Reihen, die im September 68 zur Spaltung der UJC/ML führten. Dieser Spaltung war im Sommer das Verbot aller revolutionärer Gruppen, insbesondere der KPF/ML, vorausgegangen. Alle verbotenen Gruppen, ausgenommen die KPF/ML, wurden später wieder zugelassen. Nach der Spaltung der UJC/ML schloß sich ein Teil ihrer Mitglieder der KPF/ML an, während ein anderer Teil sich mit einzelnen Gruppen der „Bewegung des 22. März“ zur „Gauche prolétarienne“ zusammenschloß. Der ökonomistische und spontaneistische Kurs änderte sich. Linksopportunistisch konstruierte man nun die These, kulturevolutionäre Bewegungen fielen nicht in das vorbereitete Stadium der Revolution, sondern unmittelbar mit dem bewaffneten Kampf selbst zusammen. Daraus wurde die

Konsequenz abgeleitet, schon jetzt die bewaffneten Kämpfe zu führen. In „La Cause du Peuple“ wurde die Resistance des 2. Weltkrieges beschworen und die Guerilla „hier und jetzt“ propagiert.

Trotz dieser ideologischen und organisatorischen Fehleinschätzungen des gegenwärtigen Standes der Klassenkämpfe hat die „Gauche prolétarienne“ die Solidarität und den aktiven Beistand aller Revolutionäre. Die französischen Genossen werden sich vereint und entschlossen gegen den Zugriff und die faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen des Staatsapparates zur Wehr setzen. Sie können sich fest auf die aktive solidarische Hilfe der Marxisten-Leninisten in aller Welt verlassen, insbesondere auf die Unterstützung durch die KPF/ML, die revolutionäre Partei der französischen Arbeiterklasse.

Japan

Auf dem US-Militärstützpunkt in Okinawa lagert lähmendes Kampfgas für den Einsatz in Indochina. Als dies kürzlich bekannt wurde, kam es in ganz Japan zu heftigen Studentendemonstrationen. Präsident Nixon beschloß darauf, das Kampfgas nach Amerika zurück zu verlegen. Die Folge davon waren heftige Demonstrationen in den USA gegen jede Form des Einsatzes dieses Gases und gegen die Lagerung dieser Waffe in den USA. Daraufhin beschloß Präsident Nixon, das Kampfgas auf Okinawa zu belassen.

Zehntausende von Studenten haben am Sonntag, 31. 5., in allen Teilen Japans gegen die US-Stützpunkte im Lande demonstriert. Die Massenkundgebungen waren der Auftakt einer dreiwöchigen Kampagne gegen den US-Imperialismus. Am 23. Juni wollen die Vertreter der japanischen Bourgeoisie die Verträge über die US-Militärstützpunkte im Lande verlängern.

Südafrika

Zum erstenmal ist es in der Südafrikanischen Republik zu heftigen Solidaritätsdemonstrationen weißer Studenten mit dem unterdrückten schwarzen Proletariat gekommen. Auslösender Faktor für die Kundgebung von Johannesburg, Kapstadt und Pretoria war die Verhaftung von 22 Schwarzen, die unmittelbar nach einem Freispruch durch den Obersten Gerichtshof von Pretoria von der Polizei auf Grund des „Terroristen-Gesetzes“ verhaftet und verschleppt worden waren. Das „Terroristen-Gesetz“ erlaubt der Polizei, ohne richterliche Ermächtigung jeden überall und immer wegen „Terrorismus“ zu verhaften und 180 Tage ohne Einspruchsrecht festzuhalten. Mit diesem faschistischen Gesetz wollen die südafrikanischen Kapitalisten die Ausbeutung und Unterdrückung des weißen und des schwarzen Proletariats verewigen.

Portugal

In Portugal entwickelt sich eine antifaschistische, antimperialistische Studentebewegung. Nach heftigen antikapitalistischen Demonstrationen, denen eine breite Kampagne vorausgegangen war, und in deren Verlauf die Polizei einen Studenten angeschossen hatte, ließ die portugiesische Regierung die Universitäten von Coimbra und Lissabon bis zu den Prüfungen schließen.

Trotz dieser Maßnahme, die den Studenten Versammlungen und Prüfungsvorbereitungen unmöglich machen soll, organisieren die Studenten Treffen mit antikapitalistischer Agitation und Propaganda. Mit höchstem Mut setzten die portugiesischen Kommilitonen den Kampf in ihrem faschistisch regierten Heimatland fort.

DAS GEREDE VON „PROGRAMMEN“

Momentan schwätzen alle möglichen Leute, vor allem D„K“P-Spartakisten und SPD-Spießer, von „demokratischer Hochschulpolitik“, von „demokratischer Universität“, von „demokratischer Gesellschaft“, von „Kampf in den Gremien“, von „Programmen“ und Ähnlichem. Um sie haben sich all die Karrieristen geschart, die immer und überall ein Pöstchen wittern und wie Ratten aus ihren Löchern gekrochen kommen, wenn es wieder einmal so weit ist. Großtönend müssen sie mit dem Wort „Sozialismus“ hantieren, um ihren bourgeois Unsinn an den Mann zu bekommen.

Wozu dient aber das Geschwätz von „Programmen“ usw.? Es dient ganz einfach dazu, der langsam erstarkenden marxistisch-leninistischen („maoistischen“) Bewegung das Wasser abzugraben. Denn jeder, ob Arbeiter oder Student, der erkannt hat, daß für den Sozialismus gekämpft werden muß, daß dieser auf der Tagesordnung seit 1918 steht, sieht, daß dies nur möglich ist aufgrund der Theorie der Revolution im eigenen Land, aufbauend auf den allgemeinen Prinzipien des Marxismus, des Leninismus und der Ideen Mao Tsetungs. Er wird gleichfalls anerkennen, daß die Revolution nur unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei vorbereitet und durchgeführt werden kann. Dazu ist u. a. ein revolutionäres Programm notwendig, **allgemeingültig für alle Klassen und Schichten des Volkes.** Davon losgelöste Programme kann es nicht geben, es sei denn, man stellt sich außerhalb der kommunistischen Bewegung. Das Geschwätz über „Programme“ hier und jetzt dient nur dazu, uns Sand in die Augen zu streuen. Die revolutionäre Studentebewegung wird nur revolutionär bleiben und nicht im reformistischen und revisionistischen Sumpf versacken, wenn sie diese Wahrheit zu ihrer eigenen macht. Ein ASTA-„Programm“ kann es also nicht geben, das losgelöst wäre von den allgemeinen Aufgaben der revolutionären Bewegung. Was es geben kann und muß sind Orientierungslinien für

eine mittelfristige Arbeit, für den Tageskampf der Studenten, deren provisorischer Charakter aber immer wieder betont werden muß. Diese müssen auch für den jetzigen und die nächsten ASTA(s) gelten. Aber wir sind uns durchaus bewußt, daß diese Orientierungslinien nicht am grünen reformistischen Tisch à la Sozialdemokraten und Revisionisten ausgeheckt werden können, sondern daß sie erarbeitet werden müssen. Richtlinien z. B. über unsere Haltung zur Gremienpolitik, zur Sozialpolitik usw. Nur ein Reformist und D„K“Pist kann behaupten, daß er sie schon hat: Er braucht ja nur abschreiben aus all dem Plunder, der vor ihm schon geschrieben und in die Tat umgesetzt worden ist.

Nur ein Kommunist unterscheidet sich von dieser Vorgehensweise: Er weiß, daß er der Lage entsprechend vorgehen muß, daß er dazu einen Plan nötig hat, eine revolutionäre Theorie. Daß diese aber erarbeitet werden muß.

Um die Polemik aber gegen die Renegaten und Speichellecker fortzuführen, werden wir im folgenden ihre Grundlagen aufdecken, auf denen sie stehen. Nur indem wir sie aufdecken und entlarven, können wir ihr Gerede von „Programmen“ u. ä. ins richtige Licht rücken. Denn eines können wir versichern: Wir werden uns nicht in diesen Sumpf begeben, indem sie täglich herumwaten.

Fragen wir doch diese feinen Herren einmal: Quatscht ihr nicht immerfort von „Sozialismus“, von „Wissenschaftlichkeit“? Wie steht es denn bei euch um die Wahrheit? Was haltet ihr vom Sieg der Arbeiterklasse und aller Werktätigen über die Diktatur der Bourgeoisie?

Doch wir geben die Antwort selbst, damit sich diese Schlangen nicht weiter unerkannt herumwinden können. Wir reden nicht nur von Sozialismus, wir handeln auch danach. Weil wir inzwischen erkannt haben, daß es zwischen entgegengesetzten Klassen keine Gleichheit geben kann. Wahrheit

hat Klassencharakter. In der gegenwärtigen Epoche kann nur das Proletariat die objektive Wahrheit erfassen, weil seine **Klasseninteressen völlig mit den objektiven Gesetzen übereinstimmen.** Die dekadente und reaktionäre Bourgeoisie ist schon lange völlig von der Wahrheit entfernt, die „Wahrheit“, die sie so bezeichnet, kann nichts anderes sein als ein absurdes „Argument“, das gegen den Strom der Zeit und die objektiven Gesetze ist. Zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, zwischen proletarischem und bürgerlicher Ideologie und zwischen proletarischer Wahrheit und bürgerlichen Trugschlüssen kann es absolut keine Gleichheit geben und daher auch keinen Kompromiß. Weswegen vertuschen die „Spartakus“-Renegaten dies alles? Warum sind sie so eifrig bemüht, ihre bourgeois Blößen mit einem „marxistischen“ Mäntelchen zu bedecken?

Weil sie täglich verheimlichen müssen, daß ihre „Führer“, die D„K“Pisten, die den Namen „Kommunismus“ in den Dreck ziehen, der Bourgeoisie täglich in ihre bourgeois Arsche kriechen, daß es sich bei der D„K“P um eine Gründung der Bourgeoisie handelt. Sie bekämpfen die „Maoisten“ mit dem „Argument“, es handle sich bei ihnen um „Agenten des Verfassungsschutzes“. Nach dem Motto: Drehen wir den Spieß herum, die Massen sind ja doof und werdens schon nicht merken.

Sie haben ihren Trennungsstrich zwischen Revolutionären und Konterrevolutionären bereits gezogen. Sie haben klar Stellung bezogen: Für die Diktatur der neuen Bourgeoisie in der SU, für die Diktatur der Bourgeoisie hier.

Sie haben sich den Leitspruch „Zwei verschmilzt zu eins“ erkoren, den der Kommunisten aber „Eins teilt sich in zwei“ verraten. An das Vorgehen der alten Sozialdemokraten (wie Ebert und Konsorten) und der modernen Revisionisten (vom Schläge eines Breschnevs) halten sie sich: Friede den Bourgeois, Krieg dem Proletariat! Sich auf

die Rechte stützen, um die Mitte und die Linke zu bekämpfen!

Aber die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen. Und alle Reaktionen und Agenten der Bourgeoisie, gleich welcher Couleur, werden es nicht fertigbringen, das Rad der Geschichte mit ihrem historischen Idealismus zurückzudrehen. Die unterjochten Nationen und das Proletariat haben es schon zu weit angekurbelt, als daß es noch aufgehalten werden könnte.

Die Kommunisten in diesem Lande werden mit euch das gleiche tun, was die chinesischen und albanischen mit Leuten eures Schlags gemacht haben: Wir werden euch eure schwarzen Vorhang der Konterrevolution immer mehr herunterziehen, damit alle ihn sehen. Wir werden euch eure Maske vom Gesicht reißen und euch in all eurer Häßlichkeit zeigen.

Denn das einzige Kriterium der Wahrheit ist die revolutionäre Praxis von Millionen Arbeitern, Studenten und Werktätigen. Sentimentalität gegenüber euch wäre Grausamkeit gegenüber der Arbeiterklasse, wie es die Geschichte gerade unseres Landes zeigt.

Gerade jetzt, zum hundertsten Geburtstag von Lenin, seid ihr Speichellecker der Bourgeoisie bemüht, an dem Genossen Lenin herumzudoktern, ihn zurechtzuschneiden für euren Verrat.

Die Kommunisten dieses Landes haben die wirklichen Zeichen der Zeit erkannt. Sie haben sich den Marxisten-Leninisten Europas angeschlossen und darangemacht, die revolutionäre Partei des Proletariats aufzubauen, auf der Grundlage des Marxismus, des Leninismus und der Mao Tsetungideen. Wir, die wir am Aufbau dieser Partei, der KPD/ML, mithelfen, rufen daher alle revolutionären und fortschrittlichen Studenten auf: Schließt euch zusammen! Unterstützt die KPD/ML und ihre Organisationen! Unterstützt die Gründung des SDS/ML!

Kämpft mit uns für den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie! Vorwärts! Trotz alledem!

..emel-

Und bleibt und bleibt . . .

Der Abschluß von Herrn Schultz als Geschäftsführer des Studentenwerks ist überfällig! Nachdem die BSZ in ihrer Nr. 61 die Praktiken dieses Herrn gegenüber den Kindergärtnerinnen in der Kindertagesstätte enthüllt hatte, leistete sich selbiger eine erneute erpresserische Unverschämtheit gegenüber derjenigen Kindergärtnerin, der er erst eine Wohnung vermittelt hatte und der später auf „Grund“ eines unehelichen Kindes und nichtehelichen Zusammenlebens mit ihrem Mann vom Vermieter die Kündigung angedroht worden war. Dazu hatte die BSZ folgendes geschrieben: „Bedenkt man, daß Herr Schultz zuvor zu dieser Kindergärtnerin gesagt

hatte: „Ein Wort von mir genügt, und Sie sitzen mit ihrer Tochter auf der Straße“, dann liegt doch die Vermutung nahe, daß er hinter dieser Kündigungandrohung steckt.“ Und an anderer Stelle: „...da wurde auf einmal der Kindergärtnerin von ihrem Vermieter die Kündigung angedroht (und sie auf diese Weise zur Heirat gezwungen), da er erfahren habe, daß sie in ‚wilder Ehe‘(!) lebe.“

Anstatt sich nun an die Redaktion der BSZ zu wenden, um gegen deren angeblich falsche Behauptung Einspruch zu erheben, schrieb Herr Schultz einen erpresserischen Brief an die Kindergärtnerin:

„In der Ausgabe der Bochumer Studentenzeitung Nr. 61, vom 26. Mai 1970, Seite 3, wird mir unterstellt, daß ich Sie zur Heirat gezwungen hätte, da sich im Laufe der Zeit das Verhältnis dieser Kindergärtnerin zu Herrn Schultz begrifflicherweise trübte, da...“

Und weiter: „In Anbetracht einer nunmehr notwendigen vertretbaren Darstellung, da diese Unterstellung in der Öffentlichkeit steht, muß ich Sie dringentlich auffordern, diese Behauptung öffentlich zurückzunehmen zu wollen, oder aber den Gegenbeweis antreten zu wollen, den ich innerhalb von zehn Tagen erwarte.“

Herr Schultz versucht in demagogischer Manier, eine begründete Vermutung der BSZ in eine „Unterstellung“ seitens der Kindergärtnerin zu verwandeln, er unterläßt den Hinweis, daß der Passus „zur Heirat gezwungen“ in der BSZ auf den Vermieter bezogen wurde, und schließlich benutzt er seine Position als Chef, um heimlich auf die privat-persönliche Tour die Kindergärtnerin einzuschüchtern, unter Druck zu setzen.

Der Vorstand der Studentenschaft wird alles unternehmen, um Herrn Schultz endlich an die Luft zu setzen. Die BSZ fordert ihre Leser auf, Repressionen an la Schultz der Redaktion mitzuteilen!

Fall Baader und andere

In den letzten Wochen häufen sich anarchistische Anschläge und Aktionen. Allein in Westberlin gab es in den letzten Wochen eine ganze Anzahl von Bombenanschlägen. Der Fall Baader ist auf einer anderen Ebene ein vorläufiger Höhepunkt. Als Marxisten-Leninisten können wir zu diesen Vorgängen nicht schweigen.

Diese anarchistischen Traditionen sind, wie Lenin in „Was tun“ feststellt, unvermeidliche Begleiterscheinungen der sich verschärfenden Widersprüche und der wachsenden proletarischen Bewegung. Im Rußland Lenins hatten sich Terroristen à la Baader in dem Geheimbund der Volkstümler, dem „Volkswillen“ organisiert. Sie versuchten wie die Berliner Anarchisten, durch individuellen Terror einen historischen verfrühten Umsturz der Verhältnisse herbeizuführen. Der von den Volkstümlern gewählte Weg des Kampfes erwies sich jedoch bald, wie Lenin und Plechanow vorausgesagt hatten, als irrig und für die Revolution schädlich.

Was ist der Berliner Anarchisten, den Cohn-Bendits und den Volkstümlern von damals gemeinsam?

Die Politik des individuellen Terrors entspringt der falschen Theorie von den „aktiven“ Helden und den „passiven“ Massen, die angeblich von den „Helden“ Großtaten erwarten. Diese falsche Theorie besagt, daß nur einzelne hervorragende Persönlichkeiten die Geschichte machen, die Massen jedoch, das Volk, die proletarische Klasse, zu bewußten organisierten Handlungen nicht fähig sei, daß sie den „Helden“ nur blindlings folgen könne. Das ist eine durch und durch idealistische Auffassung, denn die Entwicklung der Gesellschaft wird nicht in letzter Instanz durch die Wünsche und Ideen hervorragender Persönlichkeiten bestimmt, sondern durch die Entwicklungsbedingungen der materiellen Existenzbedingungen der Gesellschaft, durch die Veränderungen in der Produktionsweise der materiellen Güter, die für die Existenz der Gesellschaft notwendig sind, durch die Wechselbeziehungen der Klassen auf dem Gebiet der Produktion materieller Güter, durch den Kampf der Klassen um ihre Rolle und ihren Platz in der Produktion und der Verteilung der materiellen Güter. Nicht die Ideen bestimmen das gesellschaftliche Sein, die gesellschaftlich-wirtschaftliche La-

ge der Menschen bestimmt ihre Ideen. Die „hervorragenden Persönlichkeiten“ sind ein Nichts, wenn ihre Ideen und Wünsche im Gegensatz zur ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft stehen, im Gegensatz zu den Bedürfnissen der Arbeiterklasse. Umgekehrt können hervorragende Menschen wirklich hervorragende Persönlichkeiten werden, wenn ihre Ideen und Wünsche die Bedürfnisse der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft, die Bedürfnisse der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten richtig zum Ausdruck bringen.

Und das gehört den Meinhof und Baader ins Stammbuch:

Nicht die Helden machen die Geschichte, sondern die Geschichte macht Helden. Folglich schaffen nicht die Helden das Volk, sondern das Volk schafft die Helden und treibt die Geschichte vorwärts. Die „heldenhaften“ Berliner Bombenleger sind lächerliche Pechvögel, die niemand braucht, weil sie es nicht vermögen, die Entwicklungsbedingungen der Gesellschaft zu verstehen, weil sie die Kräfteverhältnisse nicht einschätzen können, weil sie sich nicht auf die Volksmassen stützen.

Deutsche Bundespest: Ausbeuterschweine ges. gesch.

Die Betriebszeitung der Roten Betriebsgruppe Opel der KPD/ML veröffentlichte in der Kambodscha-Sonder-Nr. ein Solidaritätstelegramm eines Kollegen vom Bochumer Verein an die demonstrierenden Arbeiter und Studenten vor dem Weißen Haus in Washington. Das Telegramm, das als Protest gegen den US-Überfall auf Kambodscha und gegen die Ermordung der vier Studenten in Kent (Ohio) gedacht war, hatte folgenden Inhalt: „Amerikanisch-kapitalistische Ausbeuterschweine, hinaus aus Asien! Nieder mit Nixon! Es lebe Mao Tsetung!“ Ein Oberpostrat fand jedoch das sehr richtige Wort „Ausbeuterschweine“ so anstößig, daß er die Weiterleitung des Telegramms verhinderte. In einer schriftlichen Stellungnahme der Post dazu heißt es: „Gemäß der mit Gesetzeskraft erlassenen Telegrafenerordnung müssen Telegramme, deren Inhalt die staatliche Sicherheit gefährden, gegen die Gesetze, die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstoßen, zurückgewiesen werden.“ Die Betriebszeitung „Zündkerze“ bemerkte dazu: „Offenbar ist es für solche Postbeamten, die sich das Recht zur Zensur herausnehmen, nicht so anstößig, was die Herren Nixon & Co. treiben!“

Saubere Universität von Faillard & Co.

Fortsetzung von Seite 1

den Interesse der Bedürfnisse der Unternehmer nach bornierten Spezialisten regeln, in dem Sinne, wie Leussink in einem Brief vom 12. 3. 69 an die Mitglieder des „Beratenden Ausschusses für Forschungspolitik“ schrieb: ...

„Es wird letztlich immer eine politische Entscheidung sein, wie viele des jeweiligen Jahrgangs man bis zum 16. Lebensjahr, wie viele man bis zum 18. Lebensjahr (30, 40 oder 50 Prozent) in eine allgemeine Vollzeitbildung schicken will bzw. welcher Prozentsatz jeweils in den angegebenen Lebensaltern bereits in die Berufe abwandern sollen. Desgleichen ist es eine politische Entscheidung, wieviel des jeweiligen Jahrgangs ein sog. Langstudium und wieviel Prozent ein sog. Kurzstudium absolvieren sollen.“

Deutlicher kann man kaum sagen, daß nicht jeder eine umfassende Ausbildung braucht!

Nichts anderes bedeutet es, wenn im Programm der Landesregierung hauptamtliche Studienberater vorgesehen werden, wenn Faillard von klarer Definition von Studienzielen spricht und in seinem o. g. Machwerk schreibt: „Zur Ermittlung von Kapazitätskriterien ... soll im Planungsstab des Rektors eine aus Personal der Universität und Personal des HHS bestehende Arbeitsgruppe angesiedelt werden, die die von einem Sonderausschuß des UP übernommene und in ihren ersten Ansätzen hervorragend angepaßte Aufgabe unterstützen, konsequent weiterentwickeln und fortführen soll.“ Dieser Ausschuss arbeitete so hervorragend, daß er verschiedenen Abteilungen die Handhabe gibt, um gestützt auf sogenanntes objektives Zahlenmaterial, den Numerus clausus zu beantragen. Bezeichnenderweise gab sich auch ein Student der „konstruktiven Mitarbeit“ in diesem Ausschuss hin und machte so das übliche Spiel der Professoren mit, seine zukünftigen Kommilitonen abzuweisen.

Rektor Faillard schwätzt von „objektiv ermittelten Kapazitätsgrenzen“, die dem NC „entgegenwirken“ sollen und von „Grenzen unserer Leistungsfähigkeit“. Es ist ganz klar: die Professoren sind natürlich an wenigen Studenten, die weniger Arbeit machen, interessiert, viele sprechen ganz offen von einer kleinen Elite, die sie ausbilden wollen, es ist nicht mehr ihr Bier (sie haben ihren feisten Job), wenn für Tausende von Schülern die Universität vor ihrer Nase zugemacht wird. Mit dem Professorenklüngel ist nichts anzufangen: ihr Jammern und Wehgeschrei über die Hochschulmiserie nimmt ihnen kein Student und Schüler mehr ab. Ebenso wie die leeren Versprechungen der Politiker können auch nicht länger die Illusionen der rechten Gruppen den Studenten Sand in die Augen streuen: Wer kann denn noch das Hoffen auf Ergebnisse durch Verhandlungen (BSU), die Forderung nach Kürzung (!) des Rüstungshaushaltes zugunsten der Bildung (Spartakus), das Hoffen auf den nicht genehmigten § 49 der RUB-Verfassung, den freien Hochschulzugang (SHB) ernst nehmen?

Die Bourgeoisie und ihre Handlanger an der Universität sind zur Zeit so mächtig, als daß Studenten und Schüler allein erfolgreich ihre Forderungen nach freiem Hochschulzugang und selbstbestimmtem Studium durchsetzen könnten!

Kunstgewerbe Schreibwaren

Hustadtring 53
Rosemarie Wortmann

Reifen-Dornhardt

Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Data-Batterielager
Sonderpreise f. Uni-Angehörige
463 Bochum · Wittener Str. 449
Fernruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

Die Wurzel des Übels, die kapitalistische Wirtschaft und ihr Staatsapparat, ist auf lange Sicht zur von der organisierten Arbeiterklasse und ihren Verbündeten, deren Diktatur erst die Voraussetzungen für die Befreiung aller unterdrückten Klassen und Schichten des Volkes schafft. Im Augenblick können Studenten nur die allerfrechtesten Unverschämtheiten bekämpfen, um sich gewisse Erleichterungen zu verschaffen, die ihnen Zeit lassen, um an der Seite des Proletariats gegen ihren gemeinsamen Feind, den kapitalistischen Staat zu kämpfen, und die totale Formierung des Studienablaufs verhindern. Wiederaufnahme des antibürokratischen Kampfes!

In seinem Brief vom 5. 5. an den AstA als Antwort auf das AstA-Info „Prinzipien sozialistischer Hochschularbeit“ schrieb Faillard: „Es muß ... um so mehr befremden, daß ausgerechnet der AstA als die Vertretung der gesamten Studentenschaft der Ruhr-Universität die Studenten, die er vertritt, auffordert, gegen die Verfassung zu arbeiten und Mitarbeit nur als Information zur Aufklärung und Agitation zu leisten. Die Aufforderung, keine konstruktive Teilnahme vorzunehmen, ist eine klare Aufforderung zu verfassungswidrigem Verhalten und zeigt, daß dem AstA nicht daran gelegen ist, die Entwicklung unserer Universität dem mehrheitlichen Wunsche aller ihrer Mitglieder entsprechend voranzutreiben, sondern sie funktionsunfähig zu machen.“

Das Rektorat ist sicher in der Annahme, daß der AstA mit der Aufforderung zu derartigem verfassungswidrigen Verhalten nicht dem Wunsche der Mehrheit der Studenten entspricht und fordert deshalb vom AstA nachdrücklich, derartige Aufforderungen zu unterlassen.

In der Tat, Herr Faillard: Eine Funktionsfähigkeit der Universität in ihrem Sinne, im Sinne ihrer Gesinnungsfreunde in Staatsbürokratie und Industrie, muß mit allen Mitteln bekämpft werden! Gerade im Interesse der Vertretung der gesamten Studentenschaft liegt das „verfassungswidrige Verhalten“, wenn diese Verfassung nur die andernorts vollzogene Formierung verschleierte!

Deshalb wird der AstA alle Studenten „auffordern, folgendes Aktionsprogramm zu unterstützen:

1. Aufforderung an die stüdentische UP-Fraktion (Kommissionsmitglieder etc.) zur sofortigen Einstellung ihrer Mitarbeit!
2. Einstellung der Mitarbeit in den Abteilungsversammlungen zur Erarbeitung der Satzungen.
3. Keine Beteiligung an der Wahl eines Rektors, der nicht bereit ist, vorbehaltlos den Kampf gegen die

Formierung der Universität zu unterstützen!

4. Solidarität mit allen Schülern, die um einen Studienplatz betrogen werden sollen: Ab jetzt müssen die Vorbereitungen laufen, um alle Studienbewerber in ihrem gewünschten Fach selbst zu immatrikulieren. Das wird nicht ohne Aktion möglich sein!

5. In allen Abteilungen müssen wir uns die Möglichkeit verschaffen, durch Maßnahmen gegen die Reglementierung des Studiums und gegen die verdeckten Formen des NC möglichst lange und ungehindert zu studieren, d. h. offensives Vorgehen gegen Studienkartellen mit Prüfungsergebnissen, kollektive Prüfungen bzw. Verweigerungen; Erzwungen von prüfungsrelevanten studentischen Seminaren; Kampf gegen obligatorische Studiengänge. 6. Offensives Vorgehen gegen die Kollaborateure unter den Professoren: Kampf den Handlagern des Kapitals an der Universität. Nieder mit den kapitalistischen Agenturen an der Universität: Unternehmensforschung, Institut für Arbeitswissenschaft; Entwicklungsforschung usw.

SHB-Geschnatter: Gegen Gelbsucht!

Der „neue“ SHB wird von der SPD Bochum und dem SHB-Landesverband unterstützt, um in den Uni-Wahlkampf einzusteigen! Auf einer SHB-Mitgliederversammlung wies SHB-Funktionärin Renate Zimmermann stolz auf diesen Erfolg des SHB hin, um endlich mit dem Gespenst des „Maosismus“ in Bochum Schluß zu machen.

Wenn es gegen die „Maosisten“ geht, ist eben jedes Geld recht: Von

ren: Kampf den Handlagern des Kapitals an der Universität. Nieder mit den kapitalistischen Agenturen an der Universität: Unternehmensforschung, Institut für Arbeitswissenschaft; Entwicklungsforschung usw.

Ohne Stärkung der Fachschaften, ohne die Koordination ihrer Arbeit, ohne Organisation in Studienkollektiven, Basisgruppen oder Roten Zellen bleibt ein solches Aktionsprogramm ein leeres Gerüst.

Arbeitet mit bei der Erstellung von abteilungsspezifischen Analysen über den Inhalt der Formierung des jeweiligen Faches, entwickelt abteilungsspezifische Kampfpläne! Kommilitoninnen und Kommilitonen, stärkt die Fachschaften, organisiert Euch in Studienkollektiven und Basisgruppen, um organisiert die größten Frechheiten der technokratischen Hochschulreform zu bekämpfen!

NUMERUS CLAUSUS

Die üblen Praktiken der Uni-Bürokratie bei der Verwirklichung des numerus clausus im Wintersemester (69/70) sind uns noch bekannt. Als wirksamstes Mittel wurde damals die Einschüchterung von Studienanfängern gewählt. Der AstA gelangte nunmehr in den Besitz eines Schreibens an Studienanfänger, die sich für das kommende Wintersemester immatrikulieren wollen:

Ruhr-Universität, 14. 4. 1970

„Für das Wintersemester 1970/71 können heute noch keine konkreten Angaben über Studienbedingungen und Termine gemacht werden. Ich bitte Sie, etwa im Juni 1970 erneut anzufordern. Es ist jedoch voraussichtlich mit Zulassungsbeschränkungen in allen Natur- und Ingenieurwissenschaftlichen Abteilungen zu rechnen.“

Mit diesem Schreiben soll wiederum versucht werden, Studienbewerber einzuschüchtern, indem sie frühzeitig auf ihre Bewerbung verzichten. So sollen die Kapazitätsprobleme der Universität gelöst werden.

Was hilft es zu lamentieren über einen Sachverhalt, der hinlänglich

klar ist. Es gilt endlich, ernst zu machen mit der entschiedenen Organisation des Widerstandes. Die vor dem Streik im WS herausgegebenen Parole „In Studienkollektiven organisieren!“ und „Stärkt die Fachschaften!“ sind immer noch richtig. Sie gewinnen täglich mehr Bedeutung, zumal gewisse Postenjäger den praktischen Widerstand der Studenten durch ihre Mausecheltigkeit im UP ersetzen, bzw. ihn darauf ausrichten wollen.

Welch ein Unsinn! Als ob ein UP, das nicht einmal eine Parkordnung verabschieden darf, gegen den Widerstand der Reaktionäre aller Fakultäten den numerus clausus abschaffen könnte! Was dabei herauskommt, ist eine Zulassungskommission die — so wie die jetzige — den Reaktionären ihr Geschäft abnimmt und das Zulassungsverfahren allenfalls technisch perfektioniert.

Was wir brauchen, ist die genaue Analyse der Studiensituation in den Abteilungen, die Popularisierung von Forderungen, die die Mehrzahl der Studenten bereit ist durchzusetzen, wie es der Streik gegen das HSG bewiesen hat.

Uni Grill
BODO VIGANO
Trinkhalle - Schnellimbib
Hustadt, Auf d. Backenberg 19
Tel.: 51 11 17

Besonders zu empfehlen:
Naturreiner Weißwein
0,7 ltr. ... DM 1,98
Rotwein, Bauerntrock
2,05 ltr. ... DM 3,50

Kaufen Sie
Tobak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren
Trinkhalle Kothhoff
(Mensaparkplatz)
Im Ausschank:
Coca Cola, Sprite eiskalt

Blumen-Center
- Keramik
- Kerzen
- Balkonbepflanzung
Hustadtring 53 · Tel. 51 40 29

Münzen- u. Briefmarkenfachhandel
RITTER
435 Recklinghausen, Martinstraße 11
gegenüber Hauptbahnhof
Telefon: 2 35 57
ANKAUF · VERKAUF · VERSAND

ORIGINAL-AMERIKANISCHER
REIFENTABAK-WIRD IN
DEUTSCHLAND HERGESTELLT
DURCH ZOLLERSPARNIS NUR
RUM and MAPLE 2.50 DM
© Grafispröbchen-PLANTA-Berlin 61

Schuhe
von
H. G. Ries
Ladenstraße Uni
Schnelle, preisgünstige
Schuhreparaturen

Gratisspröbchen-Planta-Berlin 61
Wellauer's English Blend
ist reich an tanninreichen
tabakern: syrischen, indischen,
tabak, Perique und
Cavendish. Eine
klassische englische
Mischung
ENGLISH BLEND
WELLAUER 3.50 DM
ST. GALLEN · Deutsche Lizenz ·

Was die
Raumwirkung
bestimmt ...
das finden Sie
zusammen bei
KEIL + KATH,
nämlich
Teppiche
Teppichböden
und Gardinen
Durch Vergrößerung
jetzt noch
auswahlreicher und
sehenswerter.
Ein guter Rat:
Teppiche von
KEIL & KATH
BOCHUM
Bongardstraße 28 (an der Paulus-Kirche)

Contacta
Institut
Bochum Kortumstr. 45 I. Etage
Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt

Achtung Studenten!
Billiger Marken-Kraftstoff
ADLER-STATION
WERNER LEDWOCH
463 Bochum, Telefon 3 66 83, Wasserstraße 107
Benzin 50,9 — Super 57,9 — Diesel 51,9
Kleine Reparaturen — Reifen- und Batterie-Dienst —
Wagen waschen

Preis: ab DM 4.462,20 a. W.
incl. MWST
MODELL
1970

RENAULT 4
Der sicherste Wagen
ist der mit der sichersten
Straßenlage.
Das ist das Konstruktionsprinzip des Renault 4.
Wir wissen, was ihn zum meistgekauften 850er
machte: Der robuste und millionenfach bewährte
Motor. Und seine Wirtschaftlichkeit. 845 ccm,
26 PS, 5 Türen, 6,4 l/100 km.
C. M. SCHÖTTELDREIER
4630 BOCHUM
Herner Straße 107 · Telefon 1 43 36
In der Bundesrepublik gibt es über 1300 Renault-Servicestationen

Koma-Markt G. Möller
Hustadtring 55 und Westenfeld 28
- Lebensmittel und Frischfleisch -
Als Dauerpreis bieten wir
Tiroler Rot- und Weißwein
2,05 Ltr. nur 3,98 DM
Außerdem viele Sonderangebote

US VERKAUF
Führendes Haus in
Western-Bekleidung
H. PETERMANN
Bochum - Rathausplatz 8
Telefon 6 69 39
Twen Shop
Bekleidung für
junge Leute
Rücklaufbestände
der US-Armee

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trisper
Kleinstlinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich
BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20


... auch Sie
krank
werden
Das ist keine Garantie für immerwährende Gesundheit gibt, hat der „Oldtimer“ sogar recht. Jeder Mensch kann es erwischen. Eine Krankheit kann die DKV die hohen Kosten übernehmen.
Und außerdem noch ein Krankenhaus-Tagegeld zahlt!
Kranksein ist teuer — wir helfen!
DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.-G.
Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Mohlenstraße 62, Telefon 2 04 01
Beratung: Deutsche Kranken-Versicherungs-A.-G.
Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum,
Kortumstr. 66, Telefon 6 05 46-48

SDS/ML: Stärken wir die 2.-Juni-Bewegung!

Am 2. Juni 1967 wurde der Student Benno Ohnesorg von der Berliner Polizei ermordet. Dieses Datum ist inzwischen zum Symbol der revolutionären Studentenbewegung in der BRD und Westberlin geworden. Eine Welle von Studentendemonstrationen ging von Westberlin aus durch die ganze Bundesrepublik. Die Empörung der Studenten und anderer Schichten war dabei von Anfang an mit dem konsequenten Kampf gegen den Imperialismus verbunden. Richteten sich die Proteste damals noch gegen den Besuch der CIA-Marionette Pallevi, so wurden sie bald zum Fanal für den konsequenten Kampf der aufkeimenden revolutionären Studentenbewegung für den Sieg der vietnamesischen Revolution und aller vom Imperialismus unterdrückten Völker.

Einen vorläufigen Höhepunkt stellte dabei der Vietnam-Kongreß in Westberlin dar. Wenn auch damals noch der Genosse Rudi Dutschke meinte, daß die Revolution in den imperialistischen Metropolen ohne Gewalt auskommen würde, so war spätestens seit dem Attentat, dessen Opfer er selbst wurde, klar, daß es sich dabei um eine Illusion handelte. Mochten auch damals noch viele fortschrittliche Studenten meinen, es genüge, relativ unorganisiert, „antiautoritär“ das kapitalistische System zu bekämpfen, so wurde vielen bei den Anti-Springer-Demonstrationen und dem Kampf gegen die Notstandsgesetze klar, daß es eine Revolution der Intellektuellen nicht gibt, daß der Kampf gegen die imperialistische Monopolbourgeoisie nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn er auf einem festen Bündnis aller unterdrückten Klassen und Schichten des Volkes unter Führung des Proletariats und seiner marxistisch-leninistischen Partei basiert. Der Kampf der 2.-Juni-Bewegung wurde so zu einem vorbereitend kultur-revolutionären, der das Ziel verfolgte, die öffentliche Meinung auf die sozialistische Revolution vorzubereiten. Dabei kamen außerordentlich wichtige Impulse von der Großen Proletarischen Kulturrevolution in China. Schritt für Schritt wurden so idealistische Fehler der Bewegung korrigiert. Der antibürokratische Kampf an der Hochschule wurde verstärkt, und viele Studenten organisierten sich in Basisgruppen und schulten sich im Marxismus-Leninismus. So kam es, daß der allgemeine Eklektizismus der 2.-Juni-Bewegung bald sichtbar wurde. Es wurde deutlich, daß die Bewegung aus Radikalliberalen, Radikalreformisten und tendenziellen Sozialisten bestand. Aus der Auseinandersetzung mit reformistischen und revisionistischen Gruppen entwickelte sich rasch ein breites Spektrum revolutionärer marxistisch-leninistischer Zirkel, die sich klar von Trotzkisten, Anarchisten und D„K“P-Revisionisten abgrenzten. (Vgl. dazu BSZ Nr. 58, „Die 2.-Juni-Bewegung“.)

ein hochentwickeltes Niveau erreicht haben, oder um die USA oder die BRD, wo dies nicht der Fall ist. So wie die Berliner Polizei erst unlängst, während der „alliierten“ Truppenparade zu brutalem Terror griff, verbietet das Pompidou-Regime in Frankreich die „Gauche Proletarienne“, läßt die Nixon-Regierung in den USA Studenten erschießen. Diese Entwicklung in den monopolkapitalistischen Staaten hat objektive Ursachen.

Die objektiven Ursachen

Der heutige Monopolkapitalismus hat ein umfangreiches System zur Verschleppung seiner Krisen entwickelt. Durch Automatisierung versucht er, wenn es ihm nötig erscheint, die industrielle Reservearmee nach Belieben zu bestimmen; durch „antizyklische Planung“ verlagert er kurzfristige Widersprüche auf mittel- und langfristige Ebenen; durch „Mitbestimmungs-“ und „Konzertierungs“-Modelle versucht er, auf alle Klassen und Schichten der Gesellschaft planenden Einfluß zu nehmen. Für diesen riesigen Apparat braucht der Kapitalismus viele Intellektuelle. Deshalb wurden im breiten Umfang proletarische Schichten zur weiterführenden Bildung und zum Studium in Hochschulen zugelassen. Dadurch hat sich die hauptsächlichste Seite der Klassenbasis der Studenten vom Großbürgertum zum unteren Kleinbürgertum und Teilen des Proletariats verschoben. Diese Studenten, die die Monopole als menschliche Roboter für sich denken und arbeiten lassen möchten, leisten mehr und mehr erbitterten Widerstand. Dieser Widerstand kann nur erfolgreich sein, wenn die Studenten gemeinsam mit dem Proletariat unter dessen Führung für den Sozialismus kämpfen. Nur so ist der Kampf der Studenten tendenziell sozialistisch.

SDS/ML

Von dieser Grundeinstellung geht der SDS/ML aus, der sich nun in Bochum als konsequente Avantgarde der 2.-Juni-Bewegung konstituiert. Weil er davon ausgeht, daß die Arbeiterklasse in allem die Führung haben muß, organisiert er sich als Studententmassenorganisation der KPD/ML.

Viele Rechtsopportunisten meinen nun, die Gründung einer Studententmassenorganisation sei falsch, weil das Kleinbürgertum, zu dem die Studenten gehören, ständig Gefahr läuft, im kleinbürgerlichen Sumpf zu versinken, d. h. sich für reaktionäre Ideologien und Ziele einzusetzen. Deshalb müsse man die Studenten in proletarischen Massenorganisationen organisieren. Aber diese Ansicht ist selbst grundfalsch und dogmatisch, da nur eine kleine Minderheit der revolutionären

Studenten imstande ist, die Rolle marxistisch-leninistischer Kader im Proletariat zu spielen.

Im Grunde stellt diese Auffassung, man könne alle revolutionären Studenten nur in proletarischen Massenorganisationen umziehen, eine schematische Übertragung der Großen Proletarischen Kulturrevolution in China auf unsere Verhältnisse dar.

China ist ein sozialistisches Land, das bereits darangehen kann, den Unterschied zwischen manueller und intellektueller Arbeit aufzuheben. Davon kann bei uns keine Rede sein. Es besteht bei uns vielmehr die Gefahr, daß der Umziehungsprozeß ins Gegenteil umschlagen würde und die bürgerliche Ideologie im Proletariat durch massenhafte „Verschmelzung“ mit Intellektuellen noch verstärkt würde. Gerade weil sich die Klassenbasis der Studenten geändert hat, weil die Monopolbourgeoisie gezwungen ist, die Tore zur Hochschule um einen Spalt mehr für Teile des Proletariats und des unteren Kleinbürgertums zu öffnen, ist es ebenfalls unsinnig und vulgärmarxistisch, anzunehmen, ein eigener demokratischer Zentralismus von revolutionären Studenten werde automatisch zur Lösung vom Marxismus-Leninismus führen. Das ist besonders deswegen falsch, da die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die KPD/ML, politisch-ideologisch (und nicht administrativ) beim SDS/ML die Führung innehaben wird.

Wie kann der SDS/ML die 2.-Juni-Bewegung weiter festigen?

Das ist eine wesentliche Frage. Augenblicklich versuchen besonders die D„K“P/Spartakus-Revisionisten, im Bündnis mit allen Fraktionen der Bourgeoisie, die 2.-Juni-Bewegung endgültig zu liquidieren. Sie triumphieren über den „Tod des SDS“ und versuchen, die desorientierten Studenten in ihre „Gremien“, d. h. drittelparitätische Universitätsparlamente, Abteilungsräte etc. zu locken. Aber die 2.-Juni-Bewegung ist nicht tot, sie klärt nur ihre Ziele und reorganisiert sich. Mit jedem neuen Semester kommen neue Kommilitonen an die Universität, die auf brennen, den antibürokratischen und antirevisionistischen Kampf weiterzuführen. Der SDS/ML wird ihnen die revolutionäre Perspektive zeigen und gemeinsam mit ihnen kämpfen. Das kann nur bedeuten, daß wir uns wirklich mit dem Proletariat verbinden und in seinen Dienst stellen. Wir werden, ohne kleinbürgerliche „Volkstümlichkeit“ zu sein, in der Produktion arbeiten. Wir werden die Sprachen der ausländischen Arbeiter erlernen. Wir werden unsere Kenntnisse der kapitalistischen Arbeitsorganisation, über das „Arbeitsrecht“, über die kapitalistische Betriebssoziolo-

gie usw. an das Proletariat weitergeben. Wir werden uns verpflichten, in dialektischer Verbindung mit der Praxis der roten Stadtteil- und Betriebsgruppen bei der Kommissionsarbeit der KPD/ML zur Klassenanalyse zu helfen.

Was wir gelernt haben

Die drei Jahre nach dem 2. Juni 1967 haben uns an Erfahrungen reicher gemacht. Wir wissen, daß uns bürgerliche Scharlatane wie Marcuse, Horkheimer und Adorno lange Zeit Sand in die Augen gestreut haben. Wir wissen nun, daß „Randgruppenstrategien“, die „große Verweigerung“ und die These „Die Arbeiterklasse ist subjektiv nicht revolutionär, also ist sie es auch nicht objektiv“, größter bürgerlicher Humbug sind. Wir haben gelernt, daß Anarchisten vom Schlage Langhans, Cohn-Bendit und Baader die revolutionäre Kraft der Massen in Wirklichkeit verachten. Sie vertrauen auf ihr „individuelles Heldentum“ und erkennen nicht, daß die Volksmassen die Triebkraft der Geschichte sind. Wir sehen so, daß die Arbeiterklasse in allem die Führung haben muß.

Wir sahen, daß die „antiautoritäre Organisation“ des alten SDS nur zu unnötigen Niederlagen und zur Selbstauflösung führt. Wir erkannten, wie sich die D„K“P-Revisionisten fortlaufend entlarvten. Wie sie von der revolutionären Welle der 2.-Juni-Bewegung hochgespielt wurden, um doch nur den alten Hokusokus vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ auszusprechen.

Wir verstanden es mehr und mehr, die Sowjetunion exakt marxistisch-leninistisch einzuschätzen. Wir sahen, wie falsch es ist, wie die Trotzkisten nur von einer (klassenindifferenten) „Bürokratie“ in der Sowjetunion zu reden. Mao Tsetung und die chinesischen Genossen haben uns korrekt gezeigt, daß es in der Sowjetunion eine neue imperialistische Monopolbourgeoisie gibt, daß die Revisionisten mit der „Liquidation“ Stalins den Marxismus-Leninismus liquidieren wollen.

Wir wissen nun, wie wichtig der Sieg der Großen Proletarischen Kulturrevolution in China ist.

Wir trennten uns konsequent von der haschischrauchenden Subkultur, die von der Bourgeoisie lizenziert wird, und ihrer kleinbürgerlichen pazifistischen Peripherie.

Wir ließen uns von der „Amnestie“ der Brandt & Co. nicht bestechen. Wir entlarvten sie als übelstes Integrationsmanöver.

Wir lernten es, konsequent mit dem marxistisch-leninistischen Prinzip der Kritik und Selbstkritik umzugehen, uns fest auf die Lehren der Genossen Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung zu stützen.

Abt. Maschinenbau Profit-Dezernat

Ziel der Professoren der Abtlg. IX ist es, „neue Maßstäbe für das Studium des Ingenieurwesens zu setzen“ (Baehr). Während die durchschnittliche Studiendauer dieses Studienfachs an der bekannt schwereren TH Aachen etwa 11 bis 12 Semester beträgt, sind die Professoren in Bochum sicher, daß das Studium hier in 8 Semestern absolviert werden kann. Von den Professoren wurde für jedes Semester ein sog. empfohlener Stundenplan ausgearbeitet. Beispiel: Im ersten Semester fallen für den Studenten 23 bis 25 offizielle Wochenstunden an. Zu 3 Vorlesungen müssen wöchentlich etwa je 5 Übungsaufgaben bearbeitet werden. Außerdem kommen in höheren Semestern die Konstruktionsaufgaben dazu, die den Studenten allein ein bis zwei Tage wöchentlich in Anspruch nehmen.

erreichte Punktzahl bei den Übungsaufgaben und die Ergebnisse in den einzelnen Prüfungen des betreffenden. Angeblich dient die Kartei zum „besseren persönlichen Kontakt“ zwischen Studenten und Assistenten.

Numerus clausus

Obwohl von den Professoren bestritten, existiert an der Abteilung IX ein verschleierte Numerus clausus. Es wurde im letzten Jahr eine zeitliche Befristung für die Zulassung zum ersten Semester im WS 69/70 erlassen, die praktisch vorher überhaupt nicht bekannt war. Und schließlich ist auch das Studienjahr des Hochschulgesetzes an nähernd in Form der Prüfungsordnung (s. o.) verwirklicht.

Millionärspass

Exdekan Baehr zur Öffentlichkeit von Forschungsaufträgen: „Es ist absurd, wenn Sie behaupten, es würde an dieser Universität Kriegsforschung betrieben. Sie können gerne die Forschungsaufträge einsehen. Aber wenn ihre Forderung nach Öffentlichkeit der Forschungsaufträge durchkommt, werde ich keine solchen Aufträge mehr annehmen.“ Zum Streik gegen das Hochschulgesetz sagte Baehr: „Ich verstehe nicht, was Sie gegen das Hochschulgesetz haben, das ist doch der liberalste Entwurf, den es gibt.“ Auch Professor Zerna zeichnete sich schon des öfteren besonders aus. So sagte er nach einer mündlichen Prüfung zu einem Studenten: „Es gibt doch so schöne Studienfächer, und außerdem können Sie auch Beat-Sänger werden.“

Zerna selbst hat ja Jobs außerhalb der Uni zur Genüge. Er verdient zwar dabei nicht ganz so viel wie die Beatles, aber immerhin reicht es auch für zwei Sportwagen u. ä. Nicht umsonst ist sein Wahlspruch: „Ein Auto ist kein Auto, eine Frau ist keine Frau.“ Auch sind seine 4 Assistenten fortwährend mit ihrer Doktorarbeit beschäftigt (wahrscheinlich über eine statische Berechnung von Uni-Gebäuden, für die Zerna auch über seine Ingenieurbüros arbeitet). So nebenbei bezieht er von der Uni jährlich 40 000,- DM für den Betrieb des instituteigenen Computers, den er natürlich nur zum „Wohle“ der Studenten einsetzt.

Repressives Prüfungssystem

Das Studium selbst ist in vier Abschnitte von je zwei Semestern eingeteilt. Nach zwei Semestern finden jeweils im Herbst mehrere Prüfungen statt. Die ersten vier Prüfungen müssen nach dem zweiten Semester absolviert werden. Als bei einer Diskussion mit den Professoren im letzten Sommersemester die Studenten den Zwang dieser Prüfungen abschaffen wollten, antworteten die Professoren in nicht zu überbietendem Zynismus: „Was wollen Sie denn? Wir wollen Ihnen doch nur helfen, bei den Prüfungen zu entscheiden, ob Sie für dieses Studium geeignet sind oder nicht, sonst sind Sie nachher im 10. Semester und haben noch immer nicht Ihre erste Prüfung abgelegt.“

Den wahren Sinn der Prüfung erkannte man am Prüfungsergebnis in Mechanik im letzten Herbst. Die Professoren mautschelten 14 Tage an den Ergebnissen herum, bis schließlich statt 65 Prozent nur 39 Prozent durchgefallen waren. Sie setzten die notwendige Punktzahl einfach so an, wie es ihnen genehm war; d. h. sie ließen so viele Studenten bestehen, wie sie im nächsten Semester haben wollten. Der Sinn dieser alljährlichen Prüfungen ist klar. Schon in den ersten Semestern werden zuverlässig die Studenten herausgefiltert, die sich nicht nur mit ihrem Studienfach beschäftigen; d. h. auf die Dauer werden unkritische, nur auf ihrem Gebiet effiziente Fachidioten gezüchtet.

Die Anpassung an den kapitalistischen Verwertungsprozeß ist perfekt.

Besitzel der Studenten

In der Prüfungsordnung der Abteilung IX sind im wesentlichen schon die Grundzüge der kapitalistischen Hochschulreform verwirklicht. Der im letzten Jahr nach Bochum gekommene Professor Lehmann fertigte eine Kartei von den neuen Erstsemestern im WS 69/70 an. Die Studenten mußten ein Paßbild mitbringen und eine Karteikarte ausfüllen. Diese umfaßt u. a. die

B S Z

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (C. Ebner, C. Holtgrave, SDS/ML; G. Kasper, M. Staroski SDS/ML). Redaktion: Kaspar Henrichs, Werner Lehrke, Norbert Otto, Jörg Reimann, Hamid Sadik Saliman. Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität). Auflage: 8000 Exemplare. Anzeigenerleitung: BSZ-Redaktion. Druck: Schömann & Klages, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16. Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66. Tel. 51 18 55 u. 399 2416.

Honnefer Modell 1971

- Weiterförderung 1971**
Zur Weitergewährung der Studienförderung im Jahr 1971 sind vollständige Anträge bis spätestens 1. Juli 1970 einzureichen.
- Darlehensförderung 1971**
Weiterförderungsanträge bis zu dem vorher genannten Termin sind auch dann einzureichen, wenn die Förderung teilweise oder vollständig in Form von Studiendarlehen gewährt wird.
- Berechnungsgrundlage**
Berechnungsgrundlage für die Studienförderung 1971 sind die Einkommensverhältnisse der Unterhaltspflichtigen aus dem Jahr 1969.
- Freitische für das WS 1970/71**
Anträge auf Gewährung eines Freitisches sind ebenfalls bis zum 16. Juli 1970 einzureichen.
- Einreichungstermin**
Es wird dringend empfohlen, die Weiterförderungsanträge so frühzeitig wie möglich vorzubereiten und der Förderungsabteilung einzureichen. Erfahrungsgemäß muß in den letzten Tagen vor dem Abgabetermin mit erheblichen Wartezeiten gerechnet werden, die durch frühzeitiges Einreichen weitgehend auszuschließen sind.
- Beratung**
Auskünfte, Ausgabe und Einreichung der Förderungsanträge in der Förderungsabteilung, Baracke V, während der Sprechzeiten montags und donnerstags von 8.00 bis 13.00 Uhr.

Wer organisiert wen?
Was heißt Proletariat?

20 Sozialistisches Jahrbuch 1: Über die Organisation des Befreiungskampfes

DM 8.50 

272 Seiten. Im Abz.: 1 DM weniger
Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6

Rotbücher

Der Augen Wille:



die Heinen-Brille

Bochum, Kortumstraße 45
u. Ruhrpark-Einkaufszentrum

Nächste BSZ Dienstag 16.6.

TOBACCO SHOP

Pfeifen - Tabak - Zeitschriften - Lotto

Ladenstraße an der Uni

Der Treffpunkt für in- und ausländische Studenten im

.PUNKT.

Bochum, Hans-Böckler-Straße 26 · Telefon 1 46 32

Täglich von 12.00 Uhr mittags bis 1.00 Uhr nachts geöffnet / Normale Preise

DISCOTHEK

BOCHUM EUROPAHAUS RUF 67206

Der moderne Dancing Club
Mittwoch Hitparade
Jeden Monat Stargastspiele
Für Studenten Eintritt frei!